

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Legungsdauer: Durch unsern Betrieb
in das ganze monatlich 20.000 Mark.
Abrechnungen nehmen die Hauptstädte
und für Ruwertal die Postämter
abzugeben. — Erscheint wöchentlich.
Zuständig: Anstalt Nr. 53.
Telegraphische Anzeiger Erzgebirge.

Regelungsdauer: Die Abrechnungsdauer
besteht für Anzeigen aus dem
Anzeigen 2.00 Mark, aus dem
Anzeigen 2.00 Mark, aus dem
Anzeigen 2.00 Mark. Bei größeren Ab-
rechnungen entsprechende Rabatte.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfachkonto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 51

Mittwoch, den 1. März 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Nach neuerlichen Dispositionen beginnt der Reichstag in der zweiten Märzwoche die erste Beratung der Steuerentwürfe und der Vorlage auf Ausgabe einer Zwangsanleihe.

Von einer angeblich bevorstehenden Reise des Außenministers Dr. Rathenau nach Rom ist an zuständiger Stelle nichts bekannt.

Die Londoner Verhandlungen über die Schaffung eines Wiederaufbaufonds für Rußland haben bisher ergeben, daß Deutschland höchstens mit 20 Prozent beteiligt sein wird.

Die Lage in Portugal hat sich verschärft. In Oporto wird seit Tagen gekämpft. Die Provinz Coimbra ist von dem monarchischen Teil des Heeres besetzt.

Das Stadium der Sachlichkeit.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Im Reichsfinanzministerium haben die Besprechungen mit den Sachverständigen über das Steuerkompromiß begonnen. Auch der Reichsfinanzminister hat die Parteien schon seit einigen Tagen eingeladen, um mit ihnen die gesetzliche Fixierung des Steuerkompromisses im Einzelnen zu besprechen. Es ist dabei eine Selbstverständlichkeit, daß zu diesen Besprechungen alle die Parteien zugezogen werden, die sich selber für die Grundlinien des Steuerkompromisses ausgesprochen haben. Es will uns darum ein müßiges Beginnen erscheinen, wenn jetzt Betrachtungen angestellt werden, ob diese oder jene Partei eingeladen worden wäre oder ob sie sich zu den Verhandlungen dränge. Von dem letzteren kann selbstverständlich nicht gesprochen werden, da es feststeht, daß die Einladungen zu den gegenwärtigen Besprechungen von dem zuständigen Minister ausgesprochen. Ebenso überflüssig ist der Streit über politische Fragen in dem gegenwärtigen Stadium. Die Steuerentwürfe sind jetzt in dem Stadium der reinen Sachlichkeit und gewissermaßen der technischen Möglichkeiten gerückt. Vorher ist politisch über das Ausmaß der Steuern sowie über bestimmte Grundsätze entschieden worden. Dabei sind längst nicht alle Fragen gelöst worden. Auch das Kompromiß ließ noch viele Entscheidungen frei. Nach den damals getroffenen Vereinbarungen sollen die Zweifelsfragen im Plenum des Reichstages per majora entschieden werden. Selbstverständlich kann auch jetzt der Versuch gemacht werden, diese Zweifelsfragen möglichst zu beschränken. Es wäre sehr leicht denkbar, daß die Besprechungen mit den Sachverständigen schon jetzt die eine oder andere Frage klären. Das wird immer willkommen sein. Aber es geht nicht an, die gegenwärtigen Fragen nun etwa mit irgend welchen politischen Vorbedingungen erneut zu belasten. Die Frage der Zwangsanleihe ist im Prinzip erledigt. Ihre Höhe und ihre Form liegen fest. Die Veranlagung der Einzahlungsrate und die Verzinsung sind noch zu regeln. Ueber diese Fragen kann nicht politisch entschieden werden. Ihre Lösung hängt einzig und allein von der Leistungsfähigkeit unserer Steuerbeamtenapparates ab. Es ist gar keine Frage, daß die Veranlagung auf Grund des Rotopfers eine schlimme Ungerechtigkeit wäre. Immerhin wird man damit rechnen müssen, daß, wenn die Veranlagung in absehbarer Zeit technisch auf Grund des gegenwärtigen Vermögensstandes nicht zu leisten ist, die erste Einzahlungsrate sich nach der Veranlagung zum Rotopfer richten müßte. Die Verrechnung der ersten Einzahlungsrate könnte ja dann nach der endgültigen Veranlagung erfolgen. Wenn aber in den Verhandlungen die Parteien einen besseren Weg zur sachlich schnelleren Erledigung wissen, so wird lieber der Reichsfinanzminister sich nicht ablehnend verhalten. Aber man sollte nicht mit Parteibeschlüssen, Gewerkschaftserklärungen oder Interessenprotesten. Im letzten Stadium droht es sich ausschließlich um sachliche Zweckmäßigkeitsfragen. Auch der Verwendungszweck der Zwangsanleihe ist im Steuerkompromiß festgelegt. Sie soll in erster Linie zur Finanzierung der Sachleistungen dienen. Wenn sozialistische Blätter jetzt gegen diesen Verwendungszweck anstürmen, so muß ihnen doch entgegengehalten werden, daß ihre Reichstagsfraktion diesem Grundsatze ausdrücklich zugestimmt hat.

Etwas komplizierter liegen die Dinge bei dem Mantelgesetz. Es wird sich darum empfehlen, den Inhalt dieses Gesetzes auf seinen ausgesprochenen Sinn zu beschränken. Das Mantelgesetz soll die einzelnen Parteien an eine Gesamteinigung über alle Steuerentwürfe binden. Allerdings tritt noch ein Ermächtigungsgesetz

hinzü, da besonders hinsichtlich der Zwangsanleihe dem Finanzminister allerlei Nachvollkommenheiten gegeben werden sollen. Die Erfahrung lehrt, daß es nicht unvorteilhaft sein wird, die Befugnisse des Finanzministers möglichst in engen Grenzen zu halten. Die Parteien müssen sich eben vorher über das verständigen, was sie wollen. Dann kann man alles Wesentliche in das Gesetz selber hineinschreiben und das Ermächtigungsgesetz im wesentlichen auf die Ausführung beschränken. Wenn das Steuerkompromiß mit einer — wie wir wünschen — großen Mehrheit zum Abschluß gebracht sein wird, dann steht der Reichstag vor der Frage, ob die Fortführung einer finanziellen Gesundheitsarbeit nicht zweckmäßiger auf die nunmehr erprobte Arbeitsmethode einzustellen ist. Dann rückt die ganze Frage wieder in ein politisches Stadium. In jenem Zeitpunkt wird man auch endgültig wissen, welches die finanziellen Anforderungen der Entente für das Jahr 1922 an uns sind. Ist der Oberste Rat bereit, Deutschland eine vernünftige Atempause zu bewilligen, dann kann man ihm die Übernahme erfüllbarer Verpflichtungen durch die Schaffung einer breit fundierten Regierung garantieren. So wenig richtig es wäre, das Problem einer Regierungserweiterung zu ungelegenen Zeitpunkten zu erörtern, so falsch wäre es doch, das Ziel stetiger und gesicherter Mehrheitsverhältnisse und die Möglichkeit einer vernünftigen Regelung unserer Reparationsverpflichtungen auch nur einen Tag aus dem Auge zu verlieren.

Das Ergebnis des Sozialistenkongresses.

Die gemeinsame Kundgebung der soeben beendigten Frankfurter Rätekonferenz stellt nicht nur eine bedeutsame Annäherung der zwei zahlenmäßig und politisch einflussreichsten sozialistischen Gruppen dar, sondern ist auch ein Dokument, das besonders in den Ententestaaten nachdrückliche Beachtung finden sollte. Freilich ist leider nicht zu hoffen, daß es in den Staaten, die gegenwärtig in der Weltpolitik führend sind, sich in nächster Zeit sichtbar auswirken würden. Jedenfalls ist es nicht ohne Bedeutung, wenn die Delegierten der sozialistischen und Arbeiterparteien Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens am Vorabend der Konferenz in Genua den offenbaren Bankrott der Politik des Zwanges und der Gewalt konstatierten, die bisher den Wiederaufbau der Weltwirtschaft verhindert haben. Es ist nur logisch, wenn infolge dessen gefordert wird, daß Deutschland die Durchführung der Reparationen ermöglicht werden soll, ohne es zu Maßnahmen zu zwingen, die zur Vereitelung des deutschen Proletariats führen. Deutschlands Währung erdrücken und die Ausfuhrprämien noch steigern. Das Wiederaufbauprogramm, das demnach beschlossen wurde und das sich auf den fernzeit von der zweiten Internationale in Amsterdam gefassten Beschlüssen aufbaut, könnte bei einigem guten Willen sehr wohl als Grundlage der Genuefer Verhandlungen dienen, vor allem soweit es die Streichung der internationalen Kriegsschulden, der Deutschland unterlegten Kriegsschulden und die Gründung eines internationalen Instituts für Wiederaufbau und Kreditgewährung angeht. Leider aber haben in den allierten Ländern die sozialistischen Parteien nur einen Bruchteil des Einflusses, den sie in Deutschland besitzen. Poincaré wird wahrscheinlich nur ein mitleidiges Nicken für diese Beschlüsse haben, die auch nur einigermassen in die Tat umzusetzen die französischen Sozialisten zu schrecklich sind. Und unter den Sorgen, die Lloyd George bedrücken, ist die Angst vor den englischen Sozialisten sicherlich die geringste. So wird leider dieses internationalistische Wiederaufbauprogramm nicht viel mehr bleiben als eine schöne Geste, der es nicht beschieden ist, eine Wahrheit zu werden.

Kleine politische Meldungen.

Die Rückkehr des Reichskanzlers aus Baden, die gestern erfolgen sollte, verzögert sich um ein oder zwei Tage. Der Kanzler dürfte erst Mittwoch abend, vielleicht auch erst Donnerstag wieder in Berlin eintreffen. Dadurch wird auch die Kabinettsitzung über das neue Abkommen über die Sachleistungen etwas verzögert werden. Die Verhandlungen mit den Parteien über das Steuerkompromiß, die für Ende der Woche vorgesehen sind, dürfen dagegen keinen Aufschub erleiden.

Die Gefährdung der Rohstoffversorgung durch den neuen Marktwort. In der Münchener Handelskammer führte der Präsident am Montag abend aus, daß der Dollar im Begriff stehe, den 70fachen Betrag seines Wertes wieder zu erklettern, den er im November vorigen Jahres erreicht hatte. Damit würde die Rohstoffver-

sorgung Deutschlands ernstlich gefährdet. Unter den jetzigen Wäluverhältnissen sei es kaum noch möglich, Waren herbeizuschaffen. Ein solcher Abstieg der Wälu, wenn er nur noch kurze Zeit anhalte und etwa durch eine neue Frachterhöhung der Bahn unterföhrt würde, müßte innerhalb dreier Monate den letzten Rest des Mittelstandes in Gewerbe, Handel und Industrie auslöschen.

Umwandlung der Bayerischen Königsparlei. Die bisherige Bayerische Königsparlei hat sich in eine Christliche föderative Volkspartei Bayerns umgewandelt, die künftig Reichstags- und Landtagskandidaten aufstellen will. Auf der monarchistischen Staatsidee fußend, will sie den Kampf gegen die Weimarer Verfassung und den großpreußischen Gedanken mit gleichgesinnten Parteien durchführen. Außenpolitisch tritt sie für den Gedanken der vereinigten europäischen Kontinentalstaaten gegenüber dem nglisch-amerikanischen Imperium ein. Die Parteiführer müssen eingefessene Bayern sein. Die neugewählte Vorstandschaf enthält nur vollkommen unbekannte Namen aus München und der bayerischen Provinz.

Wirtschaftsfriedliche Eisenbahnbeamten-Organisation. Eine Vertreterversammlung von 15 Verbänden von Berufsbeamten lehnte einmütig den Streik für das Beamtenrechtsgesetz die umgehende Schaffung einer Beamtenschaft mit öffentlich-rechtlichem Charakter. Weiter wurde eine Arbeitsgemeinschaft der vertretenen Verbände gebildet. Um die streitgegenwärtigen Eisenbahnbeamten zusammenzufassen zu können, soll die sofortige Gründung einer wirtschaftsfriedlichen Eisenbahnbeamten-Organisation in Angriff genommen werden.

Nachklang zum U-Boot-Krieg. Ueber die Frage, ob der am 16. 3. 1916 untergegangene holländische Dampfer Tubaantia durch einen Torpedoschuß zum Sinken gebracht worden sei, sollte nach einem Abkommen zwischen der holländischen und der deutschen Regierung ein internationaler Untersuchungsausschuß gemäß den Bestimmungen der Haager Konferenz von 1907 entsenden. Die im Jahre 1921 im Haag zusammengetretene Kommission ist nach Vernehmung von deutschen und niederländischen Sachverständigen zu dem Ergebnis gekommen, daß der Dampfer von einem deutschen U-Boot versenkt worden sei, ohne jedoch feststellen zu können, ob die Versenkung absichtlich oder versehentlich geschah.

Englischer Protest wegen der Flucht Golds und Dithmars. Aus den Verhandlungen des englischen Unterhauses ist zu ersehen, daß die britische Regierung wegen der Flucht der beiden U-Boot-Offiziere Goldt und Dithmar einen nachdrücklichen Protest an die deutsche Regierung gerichtet hat. Erstverunglimpfen die Herren, allerdings auf Befehl ihres städtig gewordenen Vorgesetzten den deutschen Namen, indem sie auf die Rettungsboote eines zu unrecht versenkten Lazarettenschiffes feuern lassen und dann bringen sie und ihre Helfershelfer die deutsche Regierung in Schwierigkeiten, Schwierigkeiten, die um so schwerer wiegen, als gerade jetzt wieder die U-Boot-Lieferung der Kriegsschuldigen auf der Tagesordnung steht.

Frankreichs Haß gegen Deutschland. Dem deutschen Dampfer Cap Polonia ist von der französischen Hafenbehörde in Boulogne das Anlaufen verboten worden. Das Verbot wäre unbegründet, wenn man nicht wüßte, daß in Frankreich, das das Wort Völkerveröhnung dauernd im Munde führt, der Haß gegen Deutschland auch nach dem Kriege weiter lebt und wo er erlöschen will, systematisch wieder entfaßt wird.

Poincaré und Lloyd George bleiben Genua fern. Das Echo de Paris bringt die bisher anderweitig noch nicht bestätigte, aber glaubhaft erscheinende Meldung, daß als unmittelbare Folge der Aussprache von Boulogne Poincaré und Lloyd George nicht nach Genua gehen, sondern ihre Vertreter nach dort schicken werden. Echo de Paris erfährt weiter, daß in Boulogne, nachdem der rein informatorische Charakter der Genuefer Besprechungen von Lloyd George zugesichert wurde.

Bevorstehender Rücktritt des österreichischen Finanzministers. Der Ausschuß des Reichstages wird für die finanzielle Unterstützung Österreichs die Bedingungen stellen, daß der Druck von Papiergeld eingestellt, das Einkommen schärfer besteuert, die Zuschüsse zur Verbilligung der Mehl- und Brotpreise aufgehoben und die österreichischen Finanzen allgemein saniert werden. Da der Ausschuß einen Finanzbeirat zur Mitarbeit an der österreichischen Finanzreform einsehen will, beabsichtigt der österreichische Finanzminister Sartorius, der eine solche Kontrolle nicht für erträglich hält, von seinem Posten zurückzutreten.